

→ jugendsozialarbeit aktuell

Nummer 30 / August 2003

**Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,**

die aktuelle Entwicklung der Migration in Deutschland zeigt ein buntes Bild von Zuwanderergruppen und Strömungen. Die Zuwanderung aus Osteuropa und den Staaten der ehemaligen UdSSR ist beachtlich und wird höchstwahrscheinlich mit der Osterweiterung der Europäischen Union an Bedeutung gewinnen.

Professionelle und zukunftsfähige Integrationshilfen für die jungen Zuwanderinnen und Zuwanderer zu entwickeln und diese auf die sich ständig ändernden Rahmenbedingungen für die Integration in Deutschland und die Sozialisationsbedingungen in den Herkunftsländern abzustimmen, ist die große Herausforderung für die Jugendsozialarbeit und die Jugendmigrationsdienste.

Der vorliegende Beitrag skizziert Hintergründe und Rahmenbedingungen einer „Zuwanderung im Wandel“.



Thomas Pütz M.A.
Direktor

Zuwanderung im Wandel

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat Deutschland eine kontinuierliche Zuwanderung aus dem Ausland erlebt. Laut Angaben des Statistischen Bundesamts lebten Ende Dezember 2002 7,34 Mio. Personen in Deutschland ohne deutschen Pass und ihr Anteil betrug 8,9% der Gesamtbevölkerung. Etwa zwei Drittel der Ausländer lebten Ende 2002 schon acht Jahre und länger in Deutschland, ein Drittel wohnte schon länger als 20 Jahre in Deutschland. Von den 7,34 Mio. in Deutschland lebenden ausländischen Personen wurden 1,53 Mio. (20,9%) hier geboren.

Die stärkste Gruppe mit etwa 4,5 Mio. der Zugewanderten ohne deutsche Staatsangehörigkeit bilden die Arbeitsmigranten und ihre Angehörigen. Seit 2000 kommen auf diesem Wege qualifizierte Arbeitskräfte für Informations- und Kommunikationsberufe, deren Zahl überschaubar ist. Migration nach Deutschland hat sich in ihren Bedingungen verändert: Während früher die Anwerbung für Arbeitskräfte im Vordergrund stand, spielen heute Familiennachzug und Flüchtlingsmigration eine größere Rolle.

Unter dem Sammelbegriff „Neue Migration“ wird eine differenzierte Gruppe der Zuwanderer zusammengefasst. Dazu gehören Asylsuchende, Kriegs-, Bürgerkriegs- oder Naturkatastrophen-Flüchtlinge, Werksvertrags- sowie Saisonarbeiter, jüdische Zu-

wanderer aus der ehemaligen UdSSR und illegal einreisende Menschen. Die große Vielfalt der Zuwanderer ergibt eine noch stärkere Differenzierung der in die deutsche Gesellschaft mitgebrachten sozialen, sprachlichen und kulturellen Erfahrungen.

Rechtliche Voraussetzungen für die Integration

Die rechtlichen Rahmenbedingungen regeln die Integration für die verschiedenen Zuwanderergruppen in unterschiedlicher Weise. Besondere Regelungen gelten insbesondere für Zuwanderer deutscher Abstammung aus dem Ausland, die Spätaussiedler. Zurzeit leben in Deutschland mehr als 4 Mio. Erwachsene und Kinder, die dieser Gruppe angehören. Etwa ein Drittel der Spätaussiedler ist bei der Einreise jünger als 20 Jahre.

Die Abstammung von einem deutschen Staats- oder Volkszugehörigen, verbunden mit dem Nationalitäteneintrag bei der Ausstellung des ersten Inlandspasses ist eine Voraussetzung der Spätaussiedlereigenschaft.

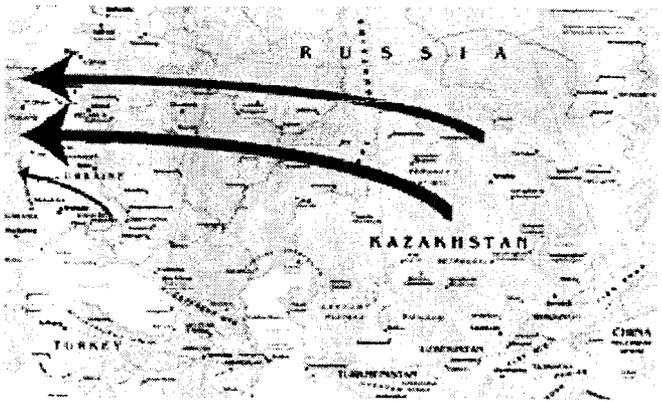
„Das Bekenntnis zum Deutschtum“ (Sprachtest), ist ein weiteres wichtiges Merkmal der Zugehörigkeit zu den Deutschen. Die deutschen Sprachkenntnisse müssen in der Familie erworben sein, und auf „familiärer Vermittlung“ beruhen (§8 Abs. 2 Satz 2 BVFG).

Diese Tatsache zwingt oft dazu, dass die mitgebrachten sprachlich-kulturellen Traditionen mindestens vorübergehend unterdrückt, vernachlässigt oder verleugnet werden. Das kann seinerseits dazu führen, dass die Jugendlichen diesem Druck nicht gewachsen sind und mit Rückzug in die eigene ethnische Gruppe reagieren.

Nach der heute gültigen Fassung des Bundesvertriebenengesetzes ist eine doppelte Prüfung der Spätaussiedlereigenschaft erforderlich: Die Absolvierung eines Verfahrens im Herkunftsland durch das Bundesverwaltungsamt und die endgültige Feststellung des Status nach der Einreise in Deutschland durch die aufnehmende Behörde am Wohnort.

Mit dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfbG) wurden 1993 verschiedene rechtliche Statusgruppen unter Aussiedlern geschaffen mit der Folge, dass in vielen Familien Mitglieder mit

einem unterschiedlichen Status, mit unterschiedlichen Ansprüchen auf Eingliederungsleistungen und unterschiedlicher Aufenthaltssicherheit leben. Die Nichtzuerkennung des Spätaussiedlerstatus, die zugleich die Aberkennung von Hilfsansprüchen oder sogar des sicheren Aufenthaltsstatus bedeutet, betrifft



Zuwanderung aus der GUS in die Bundesrepublik Deutschland

besonders häufig Kinder und Jugendliche, die aufgrund ihrer Lebensumstände vor der Auswanderung die deutsche Sprache nicht beherrschten.

Seit dem 1. Januar 2000 gilt eine Kontingentgrenze für die Aussiedlerzuwanderung von etwa 100.000 Personen. Derzeit kommt nur noch ein Viertel dieser Einreisenden über den Spätaussiedlerstatus, die anderen sind nichtdeutsche Familienangehörige, die im Zuge der Familien Einheit zusammen mit dem Spätaussiedler einreisen.

Auf rechtlchem Wege ist ein langsames Auslaufen der Spätaussiedlungen eingeleitet. So kann den Spätaussiedlerstatus nur erwerben, wer vor dem 1. Januar 1993 geboren worden ist (§4 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 BVFG).

Nur einem zahlenmäßig relativ kleinen Teil der ausländischen Neuzuwanderer, die in Deutschland Aufnahme finden, stehen alle Integrationsangebote offen. Zu dieser Gruppe gehören die Juden aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Seit 1991 dürfen die Juden als Kontingentflüchtlinge dauerhaft in die Bundesrepublik Deutschland einreisen, in diesem Zeitraum sind etwa 152.000 Personen eingereist.

Mit einem Erlass des Auswärtigen Amtes an die Auslandsvertretungen vom 26.03.1997 wird verfügt, dass alle Personen, die nach staatlichen Personenstandsunterlagen selbst jüdischer Nationalität sind oder von mindestens einem jüdischen Elternteil abstammen, zuwanderungsberechtigt sind. In Abweichung von der jüdischen Abstammungslehre wird nicht nur die Abstammung von einer jüdischen Mutter, sondern auch von einem jüdischen Vater berücksichtigt. Nach Angaben des Bundesverwaltungsamtes sind auf diesem Wege 128.519 Personen bis 2001 eingereist.

Als Ausländer erhalten die jüdischen Kontingentflüchtlinge in Deutschland eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis und eine unbeschränkte Arbeitsberechtigung. Aufgrund dieser relativ guten Rechtsstellung haben sie in der Bundesrepublik einen Anspruch auf fast alle Sozialleistungen, wie Sozialhilfe, Pflegegeld, Wohngeld, Kinder- und Erziehungsgeld etc.

Für jüdische Einwanderer gibt es – im Unterschied zum Aufnahmeverfahren für Spätaussiedler – keine Einwanderungsquoten. Auch müssen sie keinen Deutsch-Sprachtest absolvieren.

Die Zuwanderungsgruppe der jüdischen Kontingentflüchtlinge zeichnet sich durch eine Besonderheit in der Berufs- bzw. Qualifikationsstruktur aus. Ein überproportional großer Anteil der jüdischen Zuwanderer verfügt über eine Hochschulbildung.

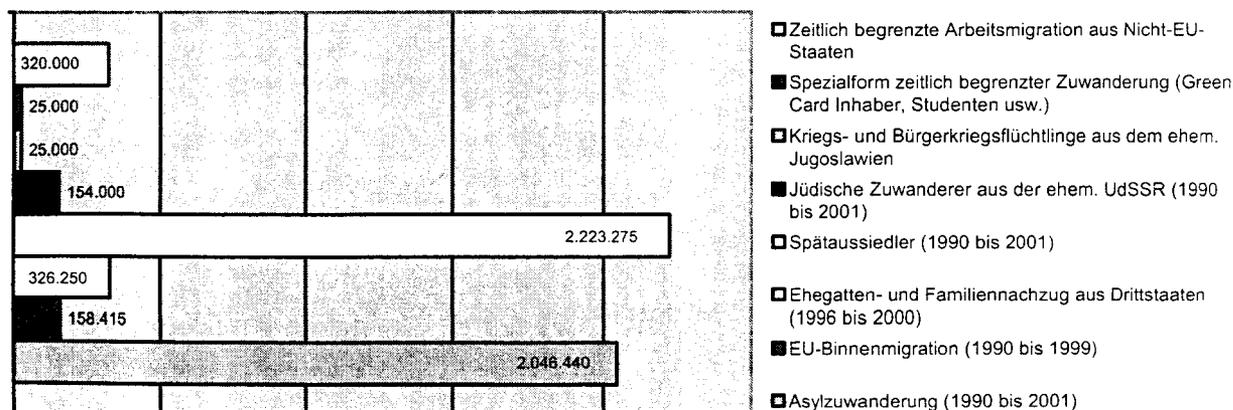
Ausreisemotive von Spätaussiedlern und Kontingentflüchtlingen

Beide Zuwanderergruppen, die Spätaussiedler und die jüdischen Kontingentflüchtlinge, kom-

men aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR und haben somit vieles gemeinsam. Sie kommen aus einem Land, das sich in einem Strukturwandel befindet, in Transformation einer postsozialistischen Gesellschaft in ein marktwirtschaftliches System. Dies bedeutet für weite Teile der Bevölkerung zunächst einen Rückgang des Lebensstandards. Etwa ein Viertel der Bevölkerung lebt heute unter dem Existenzminimum, die Kluft zwischen arm, Mittelstand und reich wächst. Angesichts der wachsenden Not, die durch Arbeitslosigkeit, Bürgerkriege und nationalistische Verfolgungen vor Ort verursacht sind, wächst die Verunsicherung der Bevölkerung.

Besorgniserregend ist auch die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die in Russland in der Gruppe der 20 bis 24-Jährigen mit etwa 18%, in Kasachstan noch höher, deutlich über dem Durchschnitt liegt. Jugendliche, die in ländlichen Gebieten leben, haben – bedingt durch die mangelhafte Schulbildung und die unterentwickelte Infrastruktur auf dem Land – schlechtere berufliche Startchancen als die Jugendlichen in der Stadt.

Das führende Motiv für die Umsiedlung der Spätaussiedler und deren Familienangehörigen nach Deutschland ist „um Deutscher unter Deutschen zu sein oder im deutschen Umfeld zu leben.“ Obschon die meisten Deutschen in der vormaligen Sowjetunion etwa seit den achtziger Jahren sozial integriert – manchmal nahezu assimiliert – sind, bleibt für die Erlebnisgeneration und deren Kinder die Furcht vor ethnischer Diskriminierung infolge ihrer traumatischen Erfahrungen präsent. Die nationalistischen Stimmungen in den Einzelstaaten der GUS, besonders in den mittelasiatischen Republiken, Russland und Ukraine, die Unsicherheit



auf die Zukunft hin, sind die Beweggründe dazu, dass Großfamilien und Verwandtschaften sich auf den Weg der Auswanderung begeben, obwohl ihnen inzwischen klar ist, dass die Eingliederung in Deutschland mit vielen Schwierigkeiten und Einschnitten verbunden sein wird. Oft hört man von eingereisten Spätaussiedlern, dass sie diesen Schritt unternommen haben, um die Zukunft ihrer Kinder zu sichern. Der Wunsch nach einer Verbesserung der materiellen Situation steht nach den Motiven der Familienzusammenführung, Rückkehr in das Abstammungsland der Familie, an erster Stelle. Die Spätaussiedler kommen in den meisten Fällen im Familienverband nach Deutschland. Dies ist durch den endgültigen Charakter der Ausreise bedingt, spiegelt aber auch den traditionell starken familiären Zusammenhalt der Spätaussiedler wider.

Die Altersstruktur der Spätaussiedler belegt, dass es sich um eine, im Vergleich zur deutschen Bevölkerung, jüngere Population mit einem hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen handelt. Unter den 2001 zugewanderten Spätaussiedlern waren etwa 34% jünger als 20 Jahre.

Zu den Emigrationsmotiven der jüdischen Kontingentflüchtlinge zählten Anfang der 90er Jahre religiöse Diskriminierung, politische Verfolgung und ökonomische Schwierigkeiten. Im Laufe des Jahrzehnts haben sich die Ausreisemotive geändert. „Die Angst vor Antisemitismus und Bürgerkriegen ist in ihrer Bedeutung für die Ausreiseentscheidung nach Deutschland zurückgegangen. In den Mittelpunkt trat neben den persönlichen Motiven vor allem das Bedürfnis, der desolaten wirtschaftlichen Lage und der materiellen Not ... zu entfliehen“ (Gruber/Rüßler, S. 16).

Die Juden gelten laut wissenschaftlichen Untersuchungen „als die am besten gebildete, mobilste, urbanste und in sprachlicher Sicht am meisten russifizierte nichtrussische Bevölkerungsgruppe der UdSSR“ (a.a.O., S. 21). Für die Juden bestand im Herkunftsland eine widersprüchliche Situation – und in Deutschland besteht sie weiter. Die Tatsache, dass in der Sowjetunion die Bezeichnung als Jude diskriminierend war, aber kein besonderes jüdisches Leben zugelassen war, hatte zur Folge, dass es nicht zu einer vollständigen Assimilation kam. Das Bewusstsein, Jude zu sein, wurde wach gehalten. Die Zugehörigkeit zum Judentum war

aber eher im ethnischen und kulturellen Bereich und nicht im religiösen Verständnis verankert. In Deutschland werden Juden erstrangig im religiösen Verständnis, verbunden mit der Geschichte des Holocaust, wahrgenommen. Das zwingt sie zu einer Auseinandersetzung mit Fremdzuschreibungen und eigener Positionierung.

Dr. Elvira Spötter

Literatur:

Dietz, Barbara: Historische, politische und sozialwissenschaftliche Aspekte der 'Einwanderung russischsprachiger Aussiedler, Referat 2002.

Dietz, Barbara/ Roll, Heike: Jugendliche Aussiedler – Porträt einer Zuwanderergeneration. Campusverlag, 1998.

Gruber, Sabine/ Rüßler, Harald: Hochqualifiziert und arbeitslos. Jüdische Kontingentflüchtlinge in Nordrhein-Westfalen. Problemaspekte ihrer beruflichen Integration. Eine empirische Studie. Opladen 2002.

Hömann, Hans-Hermann/ Schröder, Hans-Henning: Migration – Optionen für die Zukunft. Manuskripte und Arbeitsunterlagen der 3. und 4. Honnefer Migrationstage.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Russland unter neuer Führung. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts, 2001.

Jaeckel, Monika/ Erler, Wolfgang: Integration beginnt im sozialen Nahraum. In DJI Bulletin 62, 2003.

Kraus, Rudolf: Kinder- und Jugendhilfe für Zugewanderte. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, Nr. 5/6, 2003.

Peters, Wilfried: Aussiedlerzug – Entwicklungen und Perspektiven. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, Nr. 5/6, 2003.

IMPRESSUM:

jugendsozialarbeit aktuell
 c/o LAG KJS NRW
 Postfach 290 250
 50524 Köln
 EMAIL: aktuell@jugendsozialarbeit.info
 WEB: www.jugendsozialarbeit.info

VERANTWORTLICH: Thomas Pütz M.A.

REDAKTION: Franziska Schulz

DRUCK/VERSAND: SDK Systemdruck Köln GmbH & Co. KG

HERAUSGEBER: Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen e.V. (LAG KJS NRW)